

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

35. Sitzung

am Mittwoch, dem 16. Januar 2002, 13:30 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Roswitha Strauß (CDU)

Vorsitzende

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Wilhelm-Karl Malerius (SPD)

i. V. von Bernd Schröder

Thomas Rother (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Gisela Böhrk (SPD)

Werner Kalinka (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Anmeldung zum 31. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	14
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1423 (neu)	
2. Zukunft der Schiffbauindustrie - Zukunft der maritimen Wirtschaft	13
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1414	
3. Sicherheitsmaßnahmen auf kleineren Flughäfen und Luftlandeplätzen	15
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1355	
4. Förderung der Biotechnologie	5
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/119	
5. a) Förderung der Gentechnik	5
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/386	
b) Technikfolgenabschätzung (TA) und Gentechnologie	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/523	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/534	

6. Funde von gentechnisch verändertem Saatgut	9
7. Import embryonaler Stammzellen	6
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1088	
8. Entschließungsantrag zur Präimplantationsdiagnostik	6
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1084	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1110	
9. Finanzierung eines Ausbaus des Flugplatzes Kiel-Holtenau	10
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1053	
10. Verschiedenes	16

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 10:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einleitend befasst sich der Ausschuss mit Tagesordnungspunkt 4:

Förderung der Biotechnologie

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/119

hierzu: Umdrucke 15/1047 (neu), 15/1050, 15/1091, 15/1108, 15/1118,
15/1128, 15/1183

(überwiesen am 7. Juni 2000 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Bildungsausschuss, den Agrarausschuss und den Umweltausschuss)

Tagesordnungspunkt 5a:

a) Förderung der Gentechnik

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/386

Tagesordnungspunkt 5b:

b) Technikfolgenabschätzung (TA) und Gentechnologie

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/523

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/534

hierzu: Umdrucke 15/1047 (neu), 15/1050, 15/1091, 15/1108, 15/1118,
15/1128, 15/1183

(überwiesen am 16. November 2000 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umweltausschuss)

Tagesordnungspunkt 7:

Import embryonaler Stammzellen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1088

(überwiesen am 12. Juli 2001 an den **Sozialausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Bildungsausschuss)

und Tagesordnungspunkt 8:

Entschließungsantrag zur Präimplantationsdiagnostik

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1084

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1110

(überwiesen am 12. Juli 2001 an den **Sozialausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Bildungsausschuss)

Abg. Müller weist auf die Absicht hin, am Rande der bevorstehenden Landtagstagung zu den Tagesordnungspunkten 4 sowie 5a und b einen interfraktionellen Antrag zu formulieren. Entsprechende Terminabsprachen mit den Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe es bereits gegeben. Angesichts dieser Planung schlägt er vor, die Anträge an dieser Stelle nicht mehr einer vertieften Diskussion zu unterziehen.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, erklärt, dass sich die CDU bei den Tagesordnungspunkten 7 und 8 heute - im Falle einer Abstimmung - der Stimme enthalten würde und dass man dazu neige, die Abstimmung im Plenum freizugeben. Abg. Müller erklärt, dass es auch in seiner Fraktion eine Tendenz gebe, die Abstimmung über die genannten Tagesordnungspunkte 7 und 8 freizugeben, dass er hierzu heute aber noch keine endgültige Entscheidung seiner Fraktion bekannt geben könne.

Nach kurzer Diskussion vereinbaren sich die Ausschussmitglieder auch mit Blick darauf, dass die zu den Punkten 7 und 8 mitbeteiligten Ausschüsse beziehungsweise der federführende Sozialausschuss noch kein Votum abgegeben haben, diese Themenkomplexe von der Tagesordnung abzusetzen.

Speziell zu den Tagesordnungspunkten 4 sowie 5a und 5b erklärt M Dr. Rohwer unter anderem, dass hierzu die Diskussionen im Kabinett noch nicht abgeschlossen seien, sodass es auch noch keine abschließende schriftliche Stellungnahme der Landesregierung zu diesen Anträgen gebe. Dies habe seinen Grund unter anderem auch darin, dass es sich hierbei um ethische Positionen handele. In jedem Fall werde es aber eine abschließende Diskussion im Kabinett geben sowie ein klares Votum der Ministerpräsidentin.

In einer kurzen Schilderung seiner persönlichen Position weist M Dr. Rohwer zunächst darauf hin, dass er empfehle, in den interfraktionellen Antrag auch Formulierungen bezüglich der Anträge unter den Tagesordnungspunkten 7 und 8 mit aufzunehmen. Im Übrigen verweist er auf die in den vergangenen Jahren von der Landesregierung gegebene Unterstützung von Fördermaßnahmen im Bereich der Biotechnologie und betont, dass vor jeder Entscheidung zur Förderung eine Technikfolgenabschätzung erfolgen müsse, um sowohl Chancen als auch Risiken einer Förderung in diesem Bereich deutlich zu machen. Während Abg. Hentschel im Folgenden die Notwendigkeit hervorhebt, dass die Förderung der hier in Rede stehenden Technologie zuvor einem kontinuierlichen Risikofolgenabschätzungsprozess unterzogen werden müsse - dies abgestimmt auf das jeweilige Forschungsprojekt -, äußert Abg. Schmitz-Hübsch die Sorge, dass die Finanzmittel, die für ein Vorantreiben dieser Forschung erforderlich seien, überproportional in die Technikfolgenabschätzung gesteckt werden könnten, sodass man nachher zu einem Verhältnis von 1:1 komme, anstatt die Forschung im Bereich der Bio- und Gentechnik wirklich voranzubringen. Abg. Aschmoneit-Lücke teilt die Einschätzung von Abg. Schmitz-Hübsch, verbindet diese Einschätzung aber auch mit dem Hinweis auf die Ausführungen von M Dr. Rohwer, dass es darum gehe, die Chancen der Technologie vor allem für die schleswig-holsteinische Wirtschaft in den Vordergrund zu stellen. Der noch zu findende interfraktionelle Antrag sollte nach ihrer Meinung die Chancen der Technologie in den Vordergrund rücken, aber dann auch die damit einhergehenden Bedingungen konkret ausformulieren. Die Vorsitzende, Abg. Strauß, stellt an dieser Stelle die Frage in den Raum, inwieweit die Technikfolgenabschätzungen, die ergebnismäßig bereits vorlägen, in die Förderentscheidungen des Landes mit einbezogen werden könnten. Diese Fragestellung sollte in dem interfraktionellen Antrag mit angesprochen werden.

M Dr. Rohwer erklärt, dass es auch seinem Verständnis entspreche, dass ein Großteil der Mittel in die Technikfolgenabschätzung gehe. Diese Frage werde jedoch einzelfallbezogen zu klären sein. Selbstverständlich gehe es dabei darum, Verbindungen zwischen bereits bestehenden Technikfolgenabschätzungskapazitäten und unter Umständen noch erforderlichem Potenzial herzustellen.

Der Ausschuss wird seine inhaltlichen Beratungen über die Anträge fortsetzen, sobald der in Aussicht genommene interfraktionelle Antrag beratungsfähig sein wird.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Funde von gentechnisch verändertem Saatgut

(überwiesen am 30. Mai 2001 des mündlichen Berichts der Landesregierung an den **Umweltausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis und erklärt seine Beratungen insoweit für abgeschlossen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Finanzierung eines Ausbaus des Flugplatzes Kiel-Holtenau

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/1053

(überwiesen am 11. Juli 2001 an den **Wirtschaftsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Zum aktuellen Stand führt M Dr. Rohwer zunächst aus, dass, nachdem die Kieler Ratsversammlung eine Entscheidung getroffen habe, die im Grundsatz für den Ausbau plädiere, allerdings noch einige Prüfpunkte aufzeige, vor einer Entscheidung der Landesregierung diese Prüfung noch abgearbeitet werden solle, die sich auf drei Themenkomplexe konzentriere: Nachprüfung der Länge der Start- und Landebahn von 1.800 m plus 300 m oder möglicherweise von 1.600 m plus 300 m beziehungsweise 1.600 m ohne Overrun; Prüfung der Frage, ob es zusätzliche Möglichkeiten gebe, Pauschalreiseflugverkehr - wenn dies politisch und auch faktisch ausgeschlossen werden solle - für den Kieler Flughafen tatsächlich auszuschließen; Finanzierungsfragen.

Zu allen drei Themen liefen im Moment intensive Gespräche. Voraussichtlich Ende Februar oder Anfang März solle es eine Entscheidung der Landesregierung geben. Dabei müssten die zuvor genannten Punkte noch einmal in die Prüfung einbezogen werden; denn es sei klar, dass eine Entscheidung nur gemeinsam mit Kiel getroffen werden könne.

Im Einzelnen fährt M Dr. Rohwer sodann zunächst zu dem ersten Komplex fort, dass die vorläufigen Zwischenergebnisse des Gutachtens darauf hindeuteten, dass die Start- und Landebahnlänge wohl 1.800 m plus 300 m betragen müsse, damit das Ziel erreicht werde, die Optionen für Regionaljets, die auch künftig wichtige Linienverbindungen für Kiel sichern sollten, zu erreichen. In der Tendenz werde es wohl bei diesem Vorschlag bleiben, aber er, M Dr. Rohwer, werde diesen Vorschlag erst vorlegen - insofern gelte hier ein deutlicher Vorbehalt -, wenn auch alle fachlichen Punkte so durchgeprüft worden seien, dass zumindest kein Fachmann mehr übrig bleibe, der etwas anderes sage.

Zum zweiten Themenbereich gehöre die Frage, wie man den Pauschalreiseflugverkehr in Kiel bei diesem doch sehr stadtnah gelegenen Flughafen rechtlich abgesichert verhindern könne. Er, M Dr. Rohwer, wolle auch an dieser Stelle sagen, dass er nicht nur politisch hinter dieser Absicht stehe, sondern auch wirtschaftspolitisch, weil der Pauschalreiseflugverkehr nach seiner

Überzeugung wirtschaftlich keine großen Wertschöpfungseffekte habe. Darüber hinaus besagten die Potenzialberechnungen, die man angestellt habe, dass das Nutzerpotenzial ohnehin sehr gering sei, weil es dafür andere Flughäfen gebe. Dann stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie der Pauschalreiseflugverkehr verlässlich ausgeschlossen werden könne. Über die Vorschläge, die er, M Dr. Rohwer, bereits im November 2001 gemacht habe und die im Wesentlichen darin bestünden, faktische Einschränkungen zu schaffen - bei den Abfertigungskapazitäten, bei den Parkplatzkapazitäten, bei den Parkplatzgebühren und so weiter -, gebe es voraussichtlich auch die Möglichkeit, durch eine Tonnagebegrenzung bereits im Planfeststellungsverfahren sicherzustellen, dass die schweren Fluggeräte, die für Pauschalreiseflugverkehr erforderlich seien, in Kiel nicht eingesetzt werden könnten. Diese Dinge würden zurzeit geprüft und sollten dann auch in dem abschließenden Vorschlag der Landesregierung enthalten sein.

Zum dritten Themenbereich, Finanzierung, werde er, M Dr. Rohwer, in dieser Sitzung heute keine Zahlen vorlegen, obwohl man auch hier - wie er meine - auf einem konstruktiven Weg sei. Diesbezüglich fänden einerseits Gespräche mit dem Bund darüber statt, welcher Teil der Verlegung der B 503 seitens des Bundes finanziert werden könne. Dabei wolle er auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Tunnellösung oder die Umfahrung auch noch einmal geprüft würden. Aber nach Einschätzung der Landesregierung komme die Tunnellösung aus mehreren Gründen - dies seien sowohl Akzeptanzgründe als auch finanzielle Gründe - nicht infrage. Die Landesregierung meine, dass man die Umfahrlösung wohl auch unter Lärmschutzgesichtspunkten vertretbar realisieren könne. Die Finanzierungsalternativen würden zurzeit unter Berücksichtigung der längerfristigen Defizitentwicklung des Flughafens zusammengestellt. Ziel müsse natürlich sein, ein Finanzierungskonzept aufzustellen, bei dem man an einem Tag X zu einem ausgeglichenen Betriebsergebnis kommen könne.

Unter Bezugnahme auf den Antrag der Fraktion der FDP betr. Finanzierung des Ausbaus des Flugplatzes Kiel-Holtenau, Drucksache 15/1053, erklärt M Dr. Rohwer sodann, dass zur Finanzierung GA-Mittel und nicht EU-Strukturfondsmittel infrage kämen. Die GA-Mittel stünden zur Verfügung. Eine marktübliche Rendite - so die Frage 5 in der Drucksache 15/1053 - sei für ihn, M Dr. Rohwer, keine Voraussetzung, weil es sich nicht um einen privatwirtschaftlichen Flughafen handle, sondern um einen Flughafen, der eine wirtschaftspolitische und wirtschaftsstrukturelle Funktion wahrnehmen solle. Er beabsichtige deshalb nicht, die Beteiligungsverhältnisse zu ändern oder hierzu einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Ziel sei es, in der gemeinsamen Trägerschaft der Kommune und des Landes diesen Regionalflughafen aufrecht zu erhalten. Damit sei im Grunde auch gleich die vierte in der Drucksache 15/1053 aufgeworfene Frage beantwortet. Bei dieser Gelegenheit wolle er noch einmal deutlich Spekulationen, mit dem Ausbau solle eigentlich nur eine Privatisierung vorbereitet werden, entgegenreten.

Auf die Frage von Abg. Dr. Graf Kerksenbrock, ob es zutreffe, dass das Land gegenüber dem Bundesverkehrsministerium noch nicht alle relevanten Unterlagen zur Verfügung gestellt habe, die überhaupt Bezuschussungsmöglichkeiten seitens des Bundes möglich machten, erwidert M Dr. Rohwer, dass bekanntlich bei Verhandlungen abschließende Unterlagen immer erst vorgelegt würden, wenn in Gesprächen abschließende Lösungen definiert worden seien. Der Bund habe alle Unterlagen, die er brauche, um zu verstehen, welche Lösung bezüglich Kiel-Holtenau gesucht werde. In den seit Wochen in Berlin auf unterschiedlichsten Ebenen laufenden Gesprächen gehe es darum, eine bauliche Lösung zu finden, die zu einer plausiblen Finanzierungslösung führe.

Die Frage der Vorsitzenden, Abg. Strauß, auf welcher Grundlage die Einschätzung beruhe, dass sich der Pauschalreiseflugverkehr für Kiel-Holtenau wirtschaftlich nicht lohne, verweist M Dr. Rohwer darauf, dass das Potenzial für Pauschalreiseflugverkehr in diversen Gutachten abgeschätzt worden sei. Alle diese Gutachten, die nun einmal Grundlage der Entscheidung sein müssten, lägen alle vor und seien ebenfalls ins Internet eingestellt worden (s. hierzu 30. Sitzung am 10. Oktober 2001, S. 7 der Niederschrift).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zukunft der Schiffbauindustrie - Zukunft der maritimen Wirtschaft

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1414

(überwiesen am 13. Dezember 2001 zur abschließenden Beratung)

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, weist auf ihren Debattenbeitrag im Landtag hin, in dem sie angemerkt habe, dass in der Vorlage die Häfen und insbesondere die Entwicklung des Lübecker Hafens nur marginal angesprochen würden. Sie bittet deshalb das MWTV, den Ausschussmitgliedern einmal in Kurzform eine Bewertung der speziell zur Entwicklung des Lübecker Hafens vorliegenden Gutachten und Prognosen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Eichelberg spricht die in der Vorlage Drucksache 15/1414 auf Seite 39 erwähnte „Hafenplattform“ an und in dem Zusammenhang den Maßnahmenkatalog der Maritimen Konferenz der norddeutschen Wirtschafts- und Verkehrsminister/-senatoren vom November 2001 in Rostock. Er erbittet vor diesem Hintergrund zusätzliche Informationen hinsichtlich zu den in dem Bericht ebenfalls erwähnten 40 öffentlichen Häfen des Landes (S. 36 des Berichts der Landesregierung). M Dr. Rohwer sagt hierzu Stellungnahmen seines Hauses zu.

Abg. Rother erklärt, dass auch aus seiner Sicht in dem Bericht der Landesregierung noch Punkte offen geblieben seien und dass auch die SPD in den kommenden Monaten noch Diskussionsbedarf vor allem mit Blick auf neue Entscheidungen auf EU-Ebene zum Thema Schiffbauhilfen und dazu erforderliche Reaktion des Landes haben werde. Dennoch plädiert er dafür, in der heutigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und die Beratung insoweit für abgeschlossen zu erklären. - Der Ausschuss folgt diesem Vorschlag einstimmig.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG;
hier: Anmeldung zum 31. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe
„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1423 (neu)

(überwiesen am 13. Dezember 2001 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Eichelberg spricht den auf Seite 23 der Anmeldung gegebenen Hinweis an, dass die Förderergebnisse in den Jahren 1999 bis 2001 im Anhang 13 des 31. Rahmenplans dargestellt seien, dessen Veröffentlichung seitens der Bundesregierung Ende Februar 2002 vorliegen werde. Er fragt, ob es möglich sei, möglicherweise diese Auflistung schon vor diesem genannten Zeitpunkt zu erhalten.

RL Balduhn erwidert, dass es sich hierbei um eine Bundesstatistik handele, die vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle erstellt werde. Dabei würden statistische Angaben aus dem Bundeswirtschaftsministerium und aus den Wirtschaftsministerien der Länder verwertet. Sollte man diese Ergebnisse vor der genannten Frist erhalten, werde man die Auflistung dem Ausschuss gern vorab zur Kenntnis geben.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Anmeldung zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Sicherheitsmaßnahmen auf kleineren Flughäfen und Luftlandeplätzen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1355

(überwiesen am 15. November 2001)

Angesichts der im Rahmen der Plenardebatte bereits gegebenen mündlichen Berichterstattung spricht der Ausschuss einstimmig die Empfehlung an das Plenum des Landtages aus, den Antrag für erledigt zu erklären.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, nimmt noch einmal Bezug auf den Bericht der Landesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein, Umdruck 15/1700, der in der Sitzung des Ausschusses am 5. Dezember 2001 behandelt wurde. Sie weist darauf hin, dass sie zur Seite 3 des Umdrucks 15/1700 die Ausführungen angesprochen habe:

„Die Arbeitslosigkeit der Jüngerer unter 25 Jahren ist im Oktober gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,9 % gestiegen. Gleichzeitig hat sich die Arbeitslosigkeit der 55- bis 64-Jährigen um 10,3 % verringert. Eine solche Situation - sich abzeichnende Probleme an der zweiten Schwelle des Arbeitsmarktes und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit Älterer, weil hier weniger Entlassungen vorgenommen werden - ist typisch für einen abwartenden Arbeitsmarkt in Zeiten der Konjunkturschwäche.“

In diesem Zusammenhang habe sie gefragt, ob die Verringerung der Arbeitslosigkeit der 55- bis 64-Jährigen darauf zurückzuführen sein könne, dass diese im statistischen Arbeitsmarktbericht nicht mehr auftauchten. - Einer Presseerklärung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes vom 10. Januar 2002 sei nun die Antwort auf diese Frage zu entnehmen:

„Der starke Rückgang (minus 12,9 %) bei den älteren Arbeitslosen (über 55 Jahre) hingegen ist zwar gut für die Statistik, aber ein zweifelhafter Erfolg: Hier sind die meisten aus dem Erwerbsleben ausgeschieden.“

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, berichtet sodann kurz über das Ergebnis des „Länderübergreifenden Erfahrungsaustausches zum Themenkomplex ‘Deutsche Bahn AG’“ am 9. Januar 2002 in Schwerin. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass beabsichtigt sei, ein weiteres Treffen der verkehrs- und bahnpolitischen Sprecher der in den norddeutschen Parlamenten vertretenden Fraktionen am 22. Mai in Potsdam durchzuführen. Im Ausschuss besteht Einvernehmen, dass eine parlamentarische Vertretung bei diesem Treffen wieder aus den Reihen der Ausschussmitglieder erfolgen solle, dass diese Treffen aber doch nicht in zu kurzen zeitlichen Abständen erfolgen sollten. In der März-Sitzung soll über den Teilnehmerkreis endgültig entschieden werden. Als terminliche Konsequenz wird die ursprünglich für den 22. Mai vorgesehene Arbeitssitzung des Wirtschaftsausschusses auf den 23. Mai 2002, 10 Uhr, verschoben.

Für den 7. Februar, ab 15 Uhr, wird in der Ostseehalle in Kiel das zehnjährige Bestehen der Technologiestiftung und der Technologie-Transfer-Zentrale des Landes offiziell gefeiert werden. Eine Einladung ist allen Ausschussmitgliedern mit Umdruck 15/1777 zugegangen.

Abschließend stellt Abg. Schmitz-Hübsch die Frage einer möglichen Teilnahme des Ausschusses an der CeBIT beziehungsweise an der Hannover-Messe. - Im Ausschuss besteht Einvernehmen, diese Frage am Rande der bevorstehenden Landtagstagung einer Klärung zuzuführen.

Die weiteren Reiseplanungen des Wirtschaftsausschusses noch in diesem Jahr beziehungsweise im Jahr 2003 sollen ebenfalls im Rahmen der März-Sitzung des Ausschusses erörtert werden.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Roswitha Strauß

Vorsitzende

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer